

QUARTALSBERICHT

Projektland: Argentinien

Quartal/Jahr: IV/2011

SCHLAGZEILEN

1. „Ära Kirchner“ geht weiter
2. **Rekord im Kongress: 12 Gesetze in 11 Tagen**
3. **Argentinien übernimmt Vorsitz des Mercosur**
4. **Kürzungen der Energiesubventionen**
5. **Kapitalflucht und Inflation beherrschen Wirtschaftspolitik**

PRÄSIDENTIN FERNANDEZ DE KIRCHNER IM AMT BESTÄTIGT

Ein fulminanter Wahlsieg: 53,96% der wahlberechtigten Argentinier sprachen sich am 23.10.2011 für eine Fortsetzung des kirchneristischen Peronismus in der Republik aus. Der größte Wahlerfolg seit 1973: Cristina Fernandez de Kirchner übertrumpft damit Raúl Alfonsín, der als erster Präsident nach Rückkehr zur Demokratie in 1983 51,7% auf sich vereinen konnte. Zum ersten Mal begeht dasselbe politische Lager, der Kirchnerismus (Front für den Sieg, eine linksgerichtete Wahlplattform im Peronismus), eine dritte Amtszeit an der Spitze des Staates. In fast allen Provinzen erlangte Cristina die meisten Stimmen; im nationalen Kongress konnte das Regierungslager die Mehrheit in beiden Kammern zurückerobern. Die große Überraschung war der Sozialist Hermes Binner (16,87%), der den Radikalen Alfonsín (11,15%) von Platz zwei auf Platz drei verdrängte und von Platz vier an zweite Stelle rückte (Zugewinn von fast 7%). Er ist neben der Präsidentin der einzige, der im Vergleich zu den Vorwahlen im August an Stimmen zulegen konnte. Alberto Rodríguez Saa kam auf 7,98% der Stimmen. Die größten Niederlagen steckten Duhalde (5,89%) und Carrió (1,84%) ein. Gemeinsam erlangten die drei Kandidaten des Peronismus (Kirchner, Duhalde, Rodríguez Saa) 67,7% Prozent der Stimmen, was für Argentinien wohl typisch ist. Es heißt: „Ohne Peronismus ist dieses Land nicht regierbar“; „nichts anderes wollten die Wähler am Wahlsonntag ausdrücken – vor allem, wenn unsichere Zeiten bevorstehen. Siehe auch Sonderbericht: <http://www.hss.de/internationale-arbeit/themen/themen-2011/zur-wiederwahl-von-cristina-fernandez-de-kirchner.html>

POLITIKBAROMETER – NEUES KABINETT

Am 10. Dezember 2011 begann Cristina Fernandez de Kirchner ihr zweites Präsidentschaftsmandat. In ihrer neuen Etappe als Präsidentin hat sie nur drei Minister neu bestellt: Aníbal Fernández, ehemaliger Ministerkabinettschef wurde in den Senat versetzt und sein Posten an Abal Medina, den vormaligen Medienminister, übergeben. Hernán Lorenzino, ehemaliger Finanzsekretär, ersetzt den derzeitigen Vizepräsidenten Amado Boudou als Wirtschaftsminister. Auch das Landwirtschaftsministerium wird neu besetzt, Norberto Yahuar ersetzt Julián Domínguez, welcher von nun an Kongressabgeordneter sowie Präsident der Abgeordnetenversammlung ist. Die restlichen Posten erfuhren keine Veränderungen, es bleibt wie bisher: Héctor Timerman (Außenminister), Florencio Randazzo (Innenminister), Carlos Tomada (Arbeitsminister), Julio de Vido (Planungsminister), Nilda Garré (Sicherheitsministerin), Débora Giorgi (Industrieministerin), Julio Alak (Justizminister), Juan Manzur (Gesundheitsminister), Alicia Kirchner (Soziale Entwicklung), Alberto Sileoni (Bildungsminister), Arturo Puricelli (Verteidigungsminister) und Lino Baraño (Wissenschaftsminister). Auch die bisherige Chefin der Nationalbank, Mercedes Marcó del Pont bleibt in ihrer Funktion erhalten. Das Sekretariat für Tourismus wurde auf Ministerialebene gehoben und deren ehemaliger Sekretär Enrique Meyer als Minister designiert.

Die Präsidentin erweiterte deutlich das Einflussgebiet des umstrittenen Staatssekretärs für Binnenhandel, Guillermo Moreno. Er soll von nun an ein Sekretariat mit noch umfassenderen Funktionen inne haben, inklusive Außenhandel, das umfasst auch den Import und Export von Energie (ein zentraler Bereich, da Argentinien mittlerweile ein Nettoimporteur von Energie ist). Obwohl Moreno dem Wirtschaftsminister Lorenzino untergeordnet ist, genießt er umfangreiche Freiheiten und vereint von nun an die drei ehemals unabhängigen Sekretariate für Internationale Wirtschaftsbeziehungen des Außenministeriums.

REKORD IM KONGRESS – 12 GESETZE IN 11 TAGEN

Bei den Wahlen im Oktober konnte das Kirchnerlager die Mehrheit im Senat weiter ausbauen und im Abgeordnetenhaus, nach der Wahlniederlage in 2009, die Mehrheit wieder erlangen. Das Quorum von mindestens 129 Stimmen unter den nationalen Abgeordneten konnte in der Front für den Sieg mit 135 Sitzen (+17 Alliierte) übertroffen werden. Im Senat haben demnach 38 gegen 34 Senatoren (Opposition), in der Abgeordnetenversammlung 135 gegen 122 Abgeordnete (Opposition), ihre politische Arbeit aufgenommen.

Per Dekret durch die Präsidentin wurden die Sitzungen des Kongresses um einen Monat verlängert (Ende: 30. Dezember 2011). Seit der Einberufung des neuen Kongresses am 10. Dezember wurde bereits ein Rekord von 12 neuen Gesetzen verabschiedet, dies ist nicht nur ein quantitativer Rekord seit der Rückkehr zur Demokratie 1983, sondern auch deshalb aufsehenerregend, da die Themen äußerst heikel und umfassend sind und ohne entsprechende Diskussion in Gesetze konvertiert wurden. Die wichtigsten kürzlich verabschiedeten Gesetze sind folgende:

Anti-Terrorgesetz: Straftaten, die darauf ausgelegt sind, die Bevölkerung oder die Regierung in welcher Form auch immer zu terrorisieren, erhalten von nun an das

doppelte Strafmaß. Dies umfasst auch die Finanzierung von terroristischen Organisationen oder Einzelpersonen.

Steuerhinterziehung: Die Beträge, nach denen Steuerhinterziehung eine Straftat ist, wurden deutlich herabgesetzt und die Strafmaße für Steuersünder erhöht.

Gesetz zur Regulierung von Zeitungspapier: Dieses äußerst umstrittene Gesetz setzt neue staatliche Regelungen für die Produktion, den Handel und den Import von Zeitungspapier fest. Der Staat hat somit mehr Einfluss auf die Papierfirma Papel Prensa, deren Eigentümer die Medienkonglomerate Grupo Clarín und La Nación sind, ebenso wie der argentinische Staat (27%). International hat dieses Gesetz für viel Kritik gesorgt, da die Pressefreiheit in Argentinien eindeutig in Gefahr gebracht werde. In Brasilien verglich man Kirchner mit Hugo Chavez, der sich ähnlicher Maßnahmen bediene, um die Pressefreiheit Venezuelas auszuschalten. Auch aus den USA kam heftige Kritik, Reaktionen von Seiten der argentinischen Regierung gab es jedoch keine.

Landgesetz: Dieses Gesetz setzt den Landbesitz von Ausländern auf maximal 15% der nationalen Fläche, beziehungsweise maximal 1.000 Hektar in hochproduktiven Zonen oder dementsprechend mehr in weniger ertragreichen Gebieten, fest. Ausländer dürfen weder in Grenzgebieten Land besitzen, noch an wichtigen Wasserstellen oder Flüssen. Dieses Gesetz betrifft alle nicht in Argentinien ansässigen Landbesitzer sowie Firmen, die einen ausländischen Mehrheitsanteil besitzen.

Budget 2012: Es wird ein Wirtschaftswachstum von 5% sowie eine Inflation von 9,2% vorhergesehen. Dies wird von der Opposition jedoch als unrealistisch eingeschätzt. Es erfolgt eine minimale Abwertung des Pesos gegenüber dem Dollar auf 4,40, und 5,7 Milliarden USD (ca. €4,3 Milliarden) an Reserven sollen für die Schuldentilgung aufgewendet werden. Die Abwertung der Landeswährung sowie die Staatsverschuldung sind zentrale Themen der argentinischen Innenpolitik. Die Staatsausgaben sollen gegenüber 2011 um 19% erhöht werden

Wirtschaftliche Notfallgesetze: Die ursprünglich während der Krise 2001 verabschiedeten wirtschaftlichen Notfallgesetze wurden bis 2013 verlängert und gewähren der Regierung weiterhin besondere Entscheidungskompetenzen für Wirtschaft und Soziales, wie beispielsweise die Beibehaltung der Schecksteuer.

ARGENTINIEN ÜBERNIMMT MERCOSUR VORSITZ

Beim halbjährlichen Mercosur-Gipfel am 20. Dezember in Montevideo wurde die rotierende Präsidentschaft für die nächsten sechs Monate an Argentinien übergeben. Uruguay kritisierte die „äußerst aggressive“ Haltung Argentiniens in bilateralen Handelsfragen und sprach sich für die Einhaltung des Artikels 1 des Mercosur-Abkommens aus, welches den freien Handel innerhalb des Mercosur vorsieht. Im Endeffekt wurde die Liste der Produkte, die nicht in den gemeinsamen Außenzoll fallen, auf 100 Produkte pro Land erweitert. Diese Maßnahme ist bis Ende 2014 gültig und wurde vor allem von Brasilien und Argentinien unterstützt, die ihre Wirtschaft von billigen Importen aus Asien als auch durch die internationale Krise bedroht sehen. Das assoziierte Land Venezuela übte Druck auf Paraguay aus, die volle Mitgliedschaft Venezuelas endlich zu ratifizieren. Bei diesem Gipfel wurde auch die Situation der Falkland Inseln/Islas Malvinas erneut aufgegriffen: das Anliegen Argentiniens unterstützend wurde beschlossen, dass Schiffe, welche die Fahne der Falklandinseln

hissen, in keinem Hafen der Mercosur-Staaten anlegen dürfen. Der britische Premier David Cameron äußerte seinen Unmut über derartige Maßnahmen und erklärte, er sei zu keinerlei Verhandlungen über den Status der Inseln bereit.

G-20 GIPFEL – KEINE WELTBANKKREDITE FÜR ARGENTINIEN

Beim sechsten G-20 Gipfel in Cannes Anfang November traf die Präsidentin Cristina Kirchner unter anderem mit ihrem amerikanischen Kollegen Barack Obama zusammen. Kirchner verkündete, Argentinien habe vor, die ausstehenden 250 Millionen US Dollar (ca. €192 Millionen) demnächst zu begleichen. Ebenso vereinbarten die beiden Staatsoberhäupter, künftig besseren Kontakt zu pflegen und die bisherigen Diskrepanzen zu beseitigen. Obamas Vorhaben, künftig gegen die Vergabe von Krediten der Weltbank sowie der Interamerikanischen Entwicklungsbank an Argentinien zu stimmen, wurde von Kirchner erstaunlich gelassen aufgenommen. Kirchner rief zudem zu tiefgreifenden Finanzmarktregulierungen auf, deren bisherige Laxheit das wahre Problem der Krise in Europa sei.

KÜRZUNGEN DER ENERGIESUBVENTIONEN

Die Regierung Kirchner hat starke Kürzungen der staatlichen Subventionen für bestimmte Bereiche der Wirtschaft eingeleitet. Seit Dezember entfallen für die Mehrheit der Firmen die Zuschüsse auf Wasser, Gas und Strom. Die Regierung will damit 2012 mindestens 20 Milliarden Pesos (ca. €3,5 Milliarden) einsparen. Davon betroffen sind vor allem Banken, Versicherungen, Telefongesellschaften, Flughäfen, Ölfirmen und Casinos. Ebenso wurden Kürzungen für Chemiefabriken, Erdölraffinerien sowie Biodiesel- und Erdgasfirmen angekündigt. Der Stadt Buenos Aires werden 230,5 Millionen Pesos (ca. €40 Millionen) an Zuschüssen gestrichen. Die Bewohner der Stadtviertel, die von Kürzungen der Zuschüsse betroffen sein werden, müssen mit einer Erhöhung der Strom-, Gas- und Wasserrechnung um das Drei- bis Vierfache rechnen. Die betroffenen Personen können bis 30 Tage nach Erhalt der Rechnung Einspruch erheben. Die Liste der Gründe, um weiter staatliche Hilfe zu erhalten, ist begrenzt (Behinderung, extreme Armut). Die endgültige Entscheidung liegt dann bei den Gemeinden. Bei der Opposition riefen die Beschlüsse unterschiedliche Reaktionen hervor. Mauricio Macri, Bürgermeister von Buenos Aires, nahm die neuen Regelungen positiv auf und bewertete die Kürzungen als „ersten Schritt, um das ungerechte System zu verändern.“

BRUCH MIT DEN GEWERKSCHAFTEN?

Während ihrer ersten Ansprache als wiedergewählte Präsidentin Argentiniens fand Cristina Kirchner harte Worte für die Gewerkschaften. Es existiere zwar das Streikrecht, jedoch kein Recht für „räuberische Erpressung“ und dergleichen. Der Gewerkschaftsführer der CGT (Confederación General del Trabajo), Hugo Moyano, verteidigte seine Forderungen und empörte sich über die Äußerungen der Präsidentin. Ebenso legte er öffentlich seine Ämter als Vorsitzender der Partido Justicialista, (PJ) der Provinz Buenos Aires zurück und monierte, dass die Arbeiterbewegung seit dem Tode Nestor Kirchners in den Hintergrund der Politik gerückt sei. Die Präsidentin ist bereits auf der Suche nach einem geeigneten Nachfolger an der Spitze der größten und

mächtigsten Gewerkschaft Argentiniens, zum großen Ärger von Moyano. Von Beobachtern wird dieser Schachzug Kirchners durchaus positiv bewertet, man hofft 2012 auf ein weniger turbulentes Jahr, obwohl Moyano bereits Streiks ankündigte.

NEUE ETAPPE BEI AEROLINEAS ARGENTINAS

Im November kam es bei der staatlichen Fluggesellschaft Aerolíneas Argentinas zu Streichungen von zahlreichen internationalen Flügen, da sich die Fluglotsen weigerten, die Start- und Landebahnen freizugeben. Die Regierung machte dafür die Gewerkschaft des technischen Personals APTA verantwortlich und stellte daraufhin die Flugsicherung unter die Aufsicht der argentinischen Luftwaffe. Das technische Personal versuchte, den Stillstand zu legitimieren, in dem es sich auf Sicherheitsbedenken berief. Die Regierung aber klassifizierte die Aktion als Streik, Cristina Fernandez de Kirchner sprach sogar von „nicht gerechtfertigten und erpresserischen Methoden“. Mitten in diesem Konflikt kündigte die Regierung den Plan „Zweite Etappe Aerolíneas“ an, der das Defizit der Fluggesellschaft senken soll, welches dieses Jahr geschätzte 770 Millionen Dollar (ca. €593 Millionen) erreichen wird. Dieser Plan sieht vor, einen Großteil der Langstreckenflüge zu streichen, ebenso sollen die Regelungen für Personal und Piloten geändert werden, um dadurch die Effizienz und Rentabilität von Aerolíneas deutlich zu erhöhen.

KAPITALFLUCHT BESCHLEUNIGT – DEWISENKONTROLLEN EINGEFÜHRT

Nur eine Woche nach dem Wahlsieg von Cristina Kirchner wurden neue Maßnahmen erlassen, um die stetig wachsende Nachfrage an US-Dollar einzudämmen. Aufgrund der hohen Inflation (ca. 23%) und des mangelnden Vertrauens in die eigene Währung spart die argentinische Bevölkerung in Dollar, nicht in Peso. Die konstante Dollarflucht bereitet der Regierung Kopfschmerzen und finanzielle Engpässe, alleine von Januar bis September 2011 wurden 19 Milliarden USD (ca. €14,6 Milliarden) aus dem Land geschafft, sogar mehr als im gesamten Krisenjahr 2008. Der künstlich niedrig gehaltene Wechselkurs kostete die argentinische Zentralbank alleine im Monat Oktober 1,57 Milliarden USD (ca. €1,2 Milliarden) ihrer Reserven. Während Brasilien den Real bereits abgewertet hat, ist fraglich, wie lange die Regierung den niedrig gehaltenen Dollar noch finanzieren kann.

Es wurde eine Resolution erlassen, welche den Kauf von Devisen strikt reguliert. Von nun an muss jeglicher Kauf von ausländischer Währung zuerst von der Steuerbehörde AFIP bestätigt werden. Wirtschafts- und Finanzexperten kritisierten die Maßnahme vehement, vor allem weil sie eine gewisse Panik generierte und der Ansturm auf ausländische Währungen nur grösser wurde. Die Regierung verteidigte die Kontrollmaßnahme als ein Instrument, um Geldwäsche und Steuerhinterziehung zu beseitigen.

WIRTSCHAFT

Der Präsident der Deutschen Bank in Lateinamerika, Marcelo Blanco, analysierte in einem ausführlichen Interview mit der Tageszeitung La Nación die wirtschaftliche Lage Argentiniens. Er bestätigte, dass eine Mäßigung der staatlichen Einmischung in

die Wirtschaftspolitik positive Folgen für die Risikoeinstufung des Landes haben könnte. Die solide makroökonomische Lage des Landes sowie die Schuldenindexe seien äußerst kompatibel mit einem potenziellen Einstieg in den internationalen Schuldenmarkt, so Blanco. Die Beurteilung der Investoren sei jedoch weiterhin sehr kritisch und die Evaluierung der argentinischen Staatsanleihen reflektiere die Skepsis der internationalen Anleger, nicht unbedingt die wirtschaftliche Lage des Landes. Auch wurde darauf hingewiesen, dass die hohe Inflation ein wahres Problemkind sei und so rasch wie möglich bekämpft werden müsse, vor allem durch steuerliche Disziplin und Kürzungen der Staatsausgaben. Ebenso sollte Cristina Kirchner ihren beeindruckenden Wahlsieg und die breite Unterstützung in der Bevölkerung dazu nutzen, wenig populäre jedoch notwendige Reformen durchzusetzen.

Zum Jahresende macht der Bevölkerung vor allem die hohe Inflation zu schaffen. Laut den unabhängigen Messungen von privaten Consultingfirmen und Wirtschaftsexperten beläuft sich diese auf 23% (Jahr 2011). Das nationale Statistikinstitut INDEC spricht allerdings von nur 9,5%, eine Farce in den Augen vieler Argentinier. Auch das von der Präsidentin gepriesene BIP-Wachstum des Jahres 2011 von 9,3% wird von unabhängigen Quellen auf 5,5% bis 7,9% korrigiert. Zahlen bleiben relativ in der Republik Argentinien. Das Jahr 2012 bringt viele Herausforderungen mit sich!

Dr. Mariella Franz

Die Autorin ist Leiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Buenos Aires, Argentinien

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Lucas de Nardo und Andrea C. Wolf, MA

IMPRESSUM

Erstellt: 29.12.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de